



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
**Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV**  
Hauptabteilung Steuerpolitik  
Abteilung Steuergesetzgebung

4. Mai 2022

---

# **Vernehmlassungsverfahren zur Verordnung über das Meldeverfahren im Konzern bei der Verrechnungssteuer**

## **Ergebnisbericht**

---

## Zusammenfassung

*Die Beteiligungsquote, ab der bei der Verrechnungssteuer das Meldeverfahren im Konzern zulässig ist (heute 20 Prozent), soll auf 10 Prozent gesenkt werden. In diesen Fällen kann auf die Steuerentrichtung mit anschliessender Rückerstattung verzichtet werden.*

*Die im internationalen Verhältnis vorgängig einzuholende Bewilligung soll neu fünf (heute drei) Jahre gelten.*

*Daraus ergibt sich eine administrative Erleichterung für die Unternehmen und die Steuerbehörden. Die Neuerung hat nahezu keine finanziellen Auswirkungen: sie hat keinen Effekt auf die Steuersicherung und der für die Unternehmen entstehende Liquiditätsvorteil, dem spiegelbildlich ein Liquiditätsnachteil des Staates gegenübersteht, ist im jetzigen Zinsumfeld zu vernachlässigen.*

*Die vom 14. April bis 14. Juli 2021 dauernde Vernehmlassung (39 Stellungnahmen) zeigt zusammenfassend folgende Ergebnisse:*

- Breite Zustimmung zu den Zielen (Liquiditätsvorteil für Unternehmen, administrative Erleichterung für Unternehmen und Steuerbehörden).*
- Breite Zustimmung zum Mittel (Ausweitung des Meldeverfahrens im Konzern)*
- Zur Senkung der notwendigen Beteiligungsquote von 20% auf 10%:  
Zustimmung: 34; Ablehnung: 1; Verzicht: 4*
- Zur Verlängerung der Gültigkeit der in internationalen Verhältnissen einzuholenden Bewilligung von 3 auf 5 Jahre:  
Zustimmung: 34; Neutral: 1; Verzicht: 4*
- Weitergehende Forderungen verschiedener Vernehmlassungsteilnehmenden betreffen eine noch breitere Anwendung des Meldeverfahrens im Konzern als dies in der Vorlage des Bundesrats vorgesehen ist.*

# 1. Ausgangslage

Das Vernehmlassungsverfahren zur Verordnung über das Meldeverfahren im Konzern bei der Verrechnungssteuer dauerte vom 14. April bis 14. Juli 2021. Insgesamt wurden 55 Vernehmlassungsadressaten angeschrieben. Das Verzeichnis der Vernehmlassungsadressaten ist im Anhang ersichtlich.

Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens sind 39 Stellungnahmen eingegangen, wovon sich 35 zum Inhalt der Vorlage geäussert haben. Dazu gehören 3 Parteien (FDP, SPS, SVP), die FDK, 24 Kantone (AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH) und 7 Organisationen (economiesuisse, EXPERTsuisse, Schweizerische Bankiervereinigung, Schweizerischer Gewerbeverband, Schweizerischer Gewerkschaftsbund, SwissHoldings, TREUHAND | SUISSE). 4 Adressaten haben ausdrücklich auf eine Stellungnahme verzichtet (GR, JU, GPS, SAV).

# 2. Die Vernehmlassungsvorlage

Die Beteiligungsquote, ab der bei der Verrechnungssteuer das Meldeverfahren im Konzern zulässig ist (heute 20 Prozent), soll auf 10 Prozent gesenkt werden. In diesen Fällen kann auf die Steuerentrichtung mit anschliessender Rückerstattung verzichtet werden.

Die im internationalen Verhältnis vorgängig einzuholende Bewilligung soll neu fünf (heute drei) Jahre gelten.

Daraus ergibt sich eine administrative Erleichterung für die Unternehmen und die Steuerbehörden. Die Neuerung hat nahezu keine finanziellen Auswirkungen: sie hat keinen Effekt auf die Steuersicherung und der für die Unternehmen entstehende Liquiditätsvorteil, dem spiegelbildlich ein Liquiditätsnachteil des Staates gegenübersteht, ist im jetzigen Zinsumfeld zu vernachlässigen.

# 3. Ergebnisse der Vernehmlassung

## 3.1 Senkung der notwendigen Beteiligungsquote von 20% auf 10%

### Zustimmung

**FDK und 23 Kantone (AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VS, ZG, ZH)**

**3 Parteien (FDP, SVP, SPS)**

**7 Organisationen (economiesuisse, EXPERTsuisse, SBVg, SGB, sgv, SwissHoldings, TREUHAND | SUISSE)**

### Begründung:

- Die Vorlage führe zu administrativen Erleichterungen (**AG, BE, BL, GE, NE, NW, SZ, UR, FDP, SPS, SVP, economiesuisse, sgv, SwissHoldings**).
- Die Kantone seien von der Umsetzung der Vorlage nicht betroffen (**FDK, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GL, NE, NW, OW, SG, SO, TG, VS, ZG, ZH**).

- Die Vorlage habe keine oder nur geringe finanzielle Auswirkungen/Mindereinnahmen zur Folge (**FDK, AR, BE, BL, BS, FR, GL, NW, OW, SH, SO, SZ, TG, TI, ZH, VS, FDP, SPS, SGB**).
- Der Sicherungszweck werde durch die Vorlage nicht geschwächt (**FDK, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GL, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, VS, ZH, SPS, SGB, Swiss-Holdings**).
- Die Vorlage habe einen Liquiditätsvorteil für die Unternehmen zur Folge, was einen wirtschaftlichen Vorteil darstelle (**AG, AI, AR, BL, BS, FR, GL, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, ZG, VS, UR, FDK, FDP, SVP**).
- Die Vorlage führe zu Erleichterungen bei konzerninternen Finanzierungsaktivitäten und fördere die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Schweiz (**GE, ZH**).
- Die Massnahme führe zu Kongruenz zum Beteiligungsabzug (**TG, TI, ZG, TREUHAND | SUISSE**).

#### Ablehnung

#### **VD**

#### Begründung:

- Die Massnahme habe Mindereinnahmen bei steigendem Zinsniveau zur Folge.
- Eine Beteiligung von 10% sei nicht systematisch mit einem Kontrollverhältnis (Gruppenzugehörigkeit) gleichzusetzen, weshalb die Senkung der notwendigen Beteiligungsquote über den Anwendungsbereich von Art. 20 Abs. 2 VStG hinausgehe.
- Bereits eine Beteiligungsquote von 20% sei unter dem Gesichtspunkt der Gruppenzugehörigkeit fragwürdig.
- Wenn eine Beteiligung von 10% ausreicht, um das Meldeverfahren zu beanspruchen, läge eine echte Alternative zur Entrichtung der Verrechnungssteuer vor. Dies könne sich in mehrfacher Hinsicht als Ungleichbehandlung erweisen und widerspreche dem Hauptzweck des Verrechnungssteuergesetzes, die Erhebung der Steuer sicherzustellen.
- Die Massnahme würde nicht zu einer administrativen Erleichterung führen. Das Gegenteil sei der Fall.

### **3.2 Verlängerung der Dauer der Gültigkeit der in internationalen Verhältnissen notwendigen Bewilligung von 3 auf 5 Jahre**

#### Zustimmung

**FDK und 24 Kantone (AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH)**

**3 Parteien (FDP, SPS, SVP)**

**6 Organisationen (economiesuisse, SBVg, SGB, sgv, SwissHoldings, TREUHAND | SUISSE)**

#### Begründung:

- Die Vorlage führe zu administrativen Erleichterungen (**AG, BE, BL, GE, NE, NW, SZ, UR, FDP, SPS, SVP, economiesuisse, sgv, SwissHoldings**).
- Die Kantone seien von der Umsetzung der Vorlage nicht betroffen (**FDK, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GL, NE, NW, OW, SG, SO, TG, VS, ZG, ZH**).

- Die Vorlage habe keine oder nur geringe finanzielle Auswirkungen/Mindereinnahmen zur Folge (**FDK, AR, BE, BL, BS, FR, GL, NW, OW, SH, SO, SZ, TG, TI, ZH, VS, FDP, SPS, SGB**).
- Der Sicherungszweck werde durch die Vorlage nicht geschwächt (**FDK, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GL, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, VS, ZH, SPS, SGB, Swiss-Holdings**).

### Neutral

**EXPERTsuisse** steht der Verlängerung der Dauer der in internationalen Verhältnissen notwendigen Bewilligung von 3 auf 5 Jahre neutral gegenüber. Nachdem eine Neubeantragung des Meldeverfahrens unter ungefähr gleichbleibenden Beteiligungsverhältnissen erfahrungsgemäss zu wenig zusätzlichem Compliance-Aufwand seitens der Unternehmen führe, könne eine Verlängerung auf fünf Jahre Unsicherheiten für die Unternehmen bringen.

### 3.3 Weitergehende Forderungen

- **FDP und SVP** würden die Ausdehnung des Meldeverfahrens im Bereich der geldwerten Leistungen begrüssen.
- Die **FDP** hält ein freiwilliges Meldeverfahren ab einer gewissen Betragshöhe (z.B. ab einem Rückforderungsbetrag von über CHF 200'000) für prüfenswert.
- **Economiesuisse** und **EXPERTsuisse** fordern, dass für die Zwecke des Meldeverfahrens auch dann von einem Konzern auszugehen sei, wenn mindestens eine Teilkonsolidierung vorliegt. In diesen Fällen solle das Meldeverfahren im Konzernverhältnis generell angewendet werden können.
- **EXPERTsuisse, economiesuisse** und **SVP** fordern die Anwendung des Meldeverfahrens (mindestens im Umfang der im jeweiligen Doppelbesteuerungsabkommen vorgesehenen Entlastung) auch bei geldwerten Leistungen an ausländische Schwestergesellschaften. **EXPERTsuisse** fordert die Anwendung des Meldeverfahrens auch bei geldwerten Leistungen an indirekt beteiligte ausländische Grossmuttergesellschaften .
- **EXPERTsuisse** fordert die Ausweitung des Meldeverfahrens in internationalen Verhältnissen auf Gesellschaften im Sinne des jeweiligen Doppelbesteuerungsabkommens (heute nur für Kapitalgesellschaften).
- **TREUHAND | SUISSE** will Dividenden, welche dem Beteiligungsabzug unterliegen, von der Verrechnungssteuer befreien.

### 3.4 Weitere Bemerkungen

- **SwissHoldings** regt eine Lockerung der Verwaltungspraxis bei verspäteten Verrechnungssteuermeldungen an. Oftmals handle es sich um Bagatellfälle oder verdeckte Gewinnausschüttungen, die gar nicht rechtzeitig gemeldet werden könnten oder deren Aufrechnung aus Kostengründen akzeptiert würde. Die Eröffnung eines Strafverfahrens in diesen Fällen werfe in der Konzernwelt unnötig hohe Wellen. Dies schade der Reputation des Standorts Schweiz.
- **TREUHAND | SUISSE** merkt an, dass die administrative Entlastung von Unternehmen, die eine Verlängerung der Dauer der in internationalen Verhältnissen notwendigen Bewilligung mit sich bringe, nur dann positiv wirke, wenn die Bewilligungspraxis nicht verschärft wird.

Anhang  
Verzeichnis der Anhörungsadressaten

# Übersicht über die Vernehmlassungsteilnehmenden

## 1. Kantone

Adressaten	Abkürzungen	eingegangene Stellungnahme
Kanton Zürich	ZH	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Bern	BE	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Luzern	LU	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Uri	UR	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Schwyz	SZ	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Obwalden	OW	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Nidwalden	NW	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Glarus	GL	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Zug	ZG	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Freiburg	FR	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Solothurn	SO	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Basel-Stadt	BS	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Basel-Land	BL	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Schaffhausen	SH	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Appenzell Ausserrhoden	AR	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Appenzell Innerrhoden	AI	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton St. Gallen	SG	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Graubünden	GR	<input checked="" type="checkbox"/> (Verzicht)
Kanton Aargau	AG	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Thurgau	TG	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Tessin	TI	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Waadt	VD	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Wallis	VS	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Neuenburg	NE	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Genf	GE	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Jura	JU	<input checked="" type="checkbox"/> (Verzicht)
Konferenz der Kantonsregierungen	KdK	<input type="checkbox"/>

## 2. In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien

Adressaten	Abkürzungen	eingegangene Stellungnahme
Die Mitte		<input type="checkbox"/>
Eidgenössisch-Demokratische Union	EDU	<input type="checkbox"/>
Ensemble à Gauche	EAG	<input type="checkbox"/>
Evangelische Volkspartei der Schweiz	EVP	<input type="checkbox"/>
FDP. Die Liberalen	FDP	<input checked="" type="checkbox"/>
Grüne Partei der Schweiz	GPS	<input checked="" type="checkbox"/> (Verzicht)
Grünliberale Partei Schweiz	glp	<input type="checkbox"/>
Lega die Ticinesi	Lega	<input type="checkbox"/>
Partei der Arbeit	PDA	<input type="checkbox"/>
Schweizerische Volkspartei	SVP	<input checked="" type="checkbox"/>
Sozialdemokratische Partei der Schweiz	SPS	<input checked="" type="checkbox"/>

### 3. Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

Adressaten	Abkürzungen	eingegangene Stellungnahme
Schweiz. Gemeindeverband	SGV	<input type="checkbox"/>
Schweiz. Städteverband	SSV	<input type="checkbox"/>
Schweiz. Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete	SAB	<input type="checkbox"/>

### 4. Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft

Adressaten	Abkürzungen	eingegangene Stellungnahme
Schweiz. Gewerbeverband	sgv	<input checked="" type="checkbox"/>
Schweiz. Arbeitgeberverband	SAV	<input checked="" type="checkbox"/> (Verzicht)
Schweiz. Bauernverband	sbv	<input type="checkbox"/>
Schweiz. Bankiervereinigung	SBVg	<input checked="" type="checkbox"/>
Schweiz. Gewerkschaftsbund	SGB	<input checked="" type="checkbox"/>
Kaufmännischer Verband Schweiz	kfmv	<input type="checkbox"/>
Travail.Suisse		<input type="checkbox"/>

### 5. Übrige Organisationen und Interessenten

Adressaten	Abkürzungen	eingegangene Stellungnahme
Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren	FDK	<input checked="" type="checkbox"/>
Schweizerische Steuerkonferenz	SSK	<input type="checkbox"/>
Schweiz. Versicherungsverband	SVV	<input type="checkbox"/>
EXPERTsuisse - Schweizer Expertenverband für Wirtschaftsprüfung, Steuern und Treuhand	EXPERTsuisse	<input checked="" type="checkbox"/>
economiesuisse Verband der Schweizer Unternehmen	economiesuisse	<input checked="" type="checkbox"/>
SwissHoldings Verband der Industrie- und Dienstleistungskonzerne in der Schweiz	SwissHoldings	<input checked="" type="checkbox"/>
TREUHAND   SUISSE (Schweiz. Treuhänder-Verband)	TREUHAND   SUISSE	<input checked="" type="checkbox"/>